

Sitzung vom 09.04.2025

Frage Nr. 176 von Frau Colling

Thema: Vorbeugung von Langzeiterkrankungen auf dem Arbeitsplatz

Es gilt das gesprochene Wort!

Im Inami-Bericht 2023 wird hervorgehoben, dass Stress, schlechte Arbeitsbedingungen und fehlendes Interesse an der Tätigkeit zu Erwerbsunfähigkeit führen können^[1]. Es gibt laut Bericht einen Zusammenhang zwischen der Qualität des Arbeitsplatzes und dem Risiko für eine Langzeiterkrankung. Ende 2022 gab es in Belgien rund 500.000 Langzeitkranke; in der DG liegt die Zahl bei 2.700.^[2]

Laut dem Direktor des Crisp^[3] befasse man sich nicht ausreichend mit der Qualität der Arbeit und dem ausgeübten Druck. Ideal wäre es, präventiv einzugreifen, damit diese Personen gar nicht erst krank werden.^[4] Mehrere Experten weisen darauf hin, dass die geplanten Maßnahmen der neuen Föderalregierung sich fast ausschließlich mit den Folgen befassen, aber nicht mit den Ursachen. Dabei muss man auch wissen, dass aktuell den Arbeitslosen in Belgien, die zusammen mit den Langzeitkranken etwa 800.000 Personen ausmachen, lediglich 175.000 offene Posten gegenüberstehen, auf die sie sich bewerben können. Auch wenn alle Maßnahmen erfolgreich wären, gäbe es einfach nicht genug Jobs. Mein Kollege Andreas Jerusalem wird morgen den Beschäftigungsminister zu den Aktivierungsmaßnahmen befragen. Heute geht es mir um Gesundheitsprävention.

Die Qualität der Arbeitsplätze in Ostbelgien ist allgemein sehr gut, auch weil die Betriebe eine familiäre Größe haben und der soziale Zusammenhalt am Arbeitsplatz den Unternehmen wichtig ist. Auch die vielen Grenzpendler tragen zu einer hohen Beschäftigungsquote in der DG bei. Und trotzdem steigt laut Arbeitsamt der DG die Anzahl der Langzeitkranken kontinuierlich an.

Vor diesem Hintergrund habe ich nun folgende Fragen:

1. Welche Gründe erkennen Sie für den Anstieg der Langzeitkranken in der DG?

^[1] <https://www.inami.fgov.be/fr/statistiques/statistiques-indemnitees/statistiques-2023>.

^[2] <https://www.grenzecho.net/113864/artikel/2024-10-26/zahl-der-langzeitkranken-der-dg-steigt-weiter>.

^[3] Centre de recherche et d'information sociopolitiques.

^[4] <https://www.levif.be/societe/sante/politique-de-sante/reintegrer-les-malades-de-longue-duree-mission-impossible/>.

2. Welche Instrumente stehen der DG zur Verfügung, um die psychische Gesundheit der Arbeitnehmer*innen in ostbelgischen Unternehmen präventiv zu verbessern?
3. Wer sind die Ansprechpartner in der DG für Unternehmen, die die Arbeitsbedingungen für gesundheitlich angeschlagene Mitarbeiter*innen anpassen möchten?

Antwort

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie mich zunächst einige Zahlen nennen, um die Situation in Ostbelgien in den nationalen Kontext einzuordnen. Im Jahr 2023 waren in der Deutschsprachigen Gemeinschaft 2.827 Personen als Langzeiterkrankte registriert - das entspricht 6,2 % der Bevölkerung. Damit liegt die DG unter dem belgischen Durchschnitt von 7,8%. Auffällig ist jedoch die Zunahme der psychischen Erkrankungen: Zwischen 2017 und 2023 stieg die Zahl der Betroffenen um 38 %. Dennoch liegt der Anteil psychischer Erkrankungen an den Langzeitkranken in der DG mit 31,6 % unter dem nationalen Vergleichswert von 37,6 %.

Auch wenn sich die Situation in Ostbelgien besser darstellt als im Rest des Landes, muss der Prävention auch bei uns besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Insbesondere der Anstieg der psychischen Erkrankungen unter den Langzeitkranken ist besorgniserregend.

Allerdings ist die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht für das Wohlbefinden am Arbeitsplatz zuständig. Für die Sicherheit und das Wohlbefinden am Arbeitsplatz ist in Belgien der Föderale Öffentliche Dienst Beschäftigung, Arbeit und Soziale Konzertierung, kurz FÖD Beschäftigung, zuständig. Dieser Dienst bereitet die entsprechende Politik vor und überwacht ihre Umsetzung.

Innerhalb dieses Dienstes ist die Generaldirektion Kontrolle des Wohlbefindens am Arbeitsplatz für die praktische Umsetzung zuständig. Sie erfüllt eine dreifache Aufgabe: Beratung, Prävention und - wenn nötig - Repression.

Darüber hinaus ist die Föderale Agentur für Berufsrisiken (Fedris) das nationale Kompetenzzentrum für Fragen im Zusammenhang mit Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten. Arbeitnehmer aus dem Privatsektor sowie – im Falle von Berufskrankheiten – auch aus lokalen und provinziellen Verwaltungen können sich an Fedris wenden.

Was die Unternehmen selbst betrifft, so ist jeder Arbeitgeber verpflichtet, einen internen Dienst für Gefahrenverhütung und Schutz am Arbeitsplatz (IDGS) einzurichten, der über mindestens einen Berater für Gefahrenverhütung verfügt. In kleinen Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten kann der Arbeitgeber diese

Funktion selbst übernehmen. Wenn der interne Dienst nicht in der Lage ist, alle Aufgaben zu erfüllen, muss ein externer Dienst (EDGS) hinzugezogen werden.

Der Gefahrenverhütungsberater spielt eine zentrale Rolle für das Wohlbefinden der Beschäftigten am Arbeitsplatz: Er analysiert arbeitsbedingte Gefahren - physische, technische oder auch psychosoziale Risiken - und erarbeitet gemeinsam mit dem Arbeitgeber Maßnahmen zur Vermeidung und Verringerung dieser Gefahren. Zu den Maßnahmen zur Sicherung des Wohlbefindens am Arbeitsplatz gehören unter anderem die Verbesserung der Arbeitsplatzgestaltung, die Optimierung der Arbeitsorganisation, ergonomische Anpassungen, Stressbewältigung, Prävention von Burnout oder Mobbing, aber auch die Förderung eines gesunden Kommunikationsklimas im Betrieb.

Es ist die Aufgabe der Arbeitgeber und der Präventionsberater, dafür zu sorgen, dass Arbeitsplätze gesundheitsförderlich gestaltet werden und psychosozialen Belastungen frühzeitig begegnet werden kann.

Unsererseits fördern wir selbstverständlich weiterhin im Rahmen unserer Zuständigkeit für die Gesundheitsprävention Maßnahmen zur Stärkung der psychischen Gesundheit.

Wie Sie wissen, wurde im vergangenen Jahr das Netzwerk Mentale Gesundheit Ostbelgien (NmGO) ins Leben gerufen, das der Umsetzung der Reformen der föderalen Regierung im Bereich der psychischen Gesundheit dient und die Versorgungslandschaft in Ostbelgien langfristig verbessern soll.

Darüber hinaus leisten unsere Einrichtungen im Rahmen vertraglicher Vereinbarungen mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft einen aktiven Beitrag zur Förderung der mentalen Gesundheit. Sie sind beauftragt, Projekte zu realisieren, die im Einklang mit den Zielsetzungen unseres Dekrets über die mentale Gesundheit stehen und auf die spezifischen Bedürfnisse unserer Region abgestimmt sind.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft bezuschusst zahlreiche Einrichtungen, die im Bereich der mentalen Gesundheit tätig sind:

- das **Beratungs- und Therapiezentrum**,
- das **begleitete Wohnen**, das psychisch erkrankten Menschen Unterstützung bietet in Wohngemeinschaften; im Aktivationsdienst sowie im psychiatrischen Begleitdienst.
- das **psychiatrische Pflegewohnheim** als Wohneinrichtung für Menschen, die an einer chronischen psychischen Erkrankung leiden.
- die **ASL**,
- und den **Patienten Rat und Treff**, der alle zwei Jahre Kampagnen zum Thema „mentale Gesundheit“ organisiert.

Darüber hinaus beteiligen wir uns aktiv an der Ausarbeitung der föderalen Programme im Rahmen der integrierten Versorgung, so haben wir unter anderem an der Entwicklung der Programme zur psychischen Gesundheit und zur Stärkung der Gesundheitskompetenz mitgewirkt.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft unterstützt zudem zahlreiche Projekte zur Gesundheitsförderung, die auf die mentale Gesundheit ausgerichtet sind, von der gewaltfreien Kommunikation (CKK) über die Drogenprävention (Rotary) bis hin zu Projekten, die das Wohlergehen Krebskranker (Lichtblicke) fördern.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.